

Dummheit und Hilflosigkeit

Warum Österreich die Förderung außeruniversitärer Forschung stoppt

Wissenschaftliche Forschung außerhalb der Universitäten kann sich Österreich offenbar nicht mehr leisten. Anfang November verschickte das Wissenschaftsministerium Briefe an rund siebenzig Einrichtungen, darunter Forschungsinstitute, Archive, Studienförderungswerke, die vom Staat eine Basisförderung erhalten und die nun erfahren, dass diese Förderung mit dem Jahr 2011 eingestellt wird. Das Ministerium spart dadurch jährlich gerade einmal acht Millionen Euro ein. Für viele der geförderten Einrichtungen bedeutet der Bescheid jedoch das Aus. Sie lernen nun, wie es ist, für die Budgetsanierung zu sterben, die sich das Land verordnen muss, um sein Triple-A-Rating zu retten.

Betroffen sind auch Häuser wie das Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) und das Internationale Forschungszentrum Kulturwissenschaften (IFK), die weit über die Grenzen des Landes hinaus bekannt sind. Mehrere Institute schlossen sich aus Protest zur Plattform „Wissen:schafft:Österreich“ zusammen, die schon fast 20 000 Unterstützer aus aller Welt mobilisieren konnte. Daraufhin erklärte die Ministerin Beatrix Karl, die Einstellung der Basisförderung sei „keine reine Budgetmaßnahme“, sondern „vor allem auch eine Strukturreform“, um „Exzellenz zu bündeln und damit auch die internationale Sichtbarkeit zu stärken“. Zu diesem Zweck sollen einige der bedrohten Einrichtungen – vornehmlich die, die auch bisher nicht unter mangelnder Sichtbarkeit litten – unter die Dächer von Universitäten schlüpfen. So wird etwa das Erwin Schrödinger International Institute for Mathematical Physics an die Uni Wien angeschlossen. Warum eine so große Strukturreform innerhalb von zwei Monaten geschehen muss, erklärte Karl nicht.

Die betroffenen Institute sind über die ministerielle Fürsorglichkeit nicht glücklich. Im IWM, das seine Kosten etwa zur Hälfte aus der Basisförderung bestreitet, hofft man, dass das Ministerium noch eine andere Lösung findet. Die Eingliederung in eine Universität oder die Akademie der Wissenschaften ist für das 1982 gegründete Institut keine Option, weil es seinen Erfolg nicht zuletzt seiner Unabhängigkeit zuschreibt.

Ausländer unerwünscht?

Der Kulturwissenschaftler Helmut Lethen, Direktor des IFK, erfuhr aus der Zeitung, dass die Universität Graz das Forschungszentrum gern unter ihre Fittiche nehmen würde. Falls das IFK mitmacht, will das Ministerium die Finanzierung bis 2014 garantieren, das Geld jedoch an die Uni Graz überweisen. Lethen fragt sich nicht nur, was nach 2014 passieren wird, sondern auch, wie es in Zukunft um die Autonomie des IFK bestellt sein wird, das seinen Standort in Wien vorerst behalten dürfen soll. Davon abgesehen wundert er sich, warum auf einmal doch Geld da ist, das eben noch unbedingt eingespart werden musste.

Die Antwort ist einfach: Die Einsparungen in der außeruniversitären Forschung dienen dazu, ein „Offensivprogramm“ für die notorisch klammen Universitäten in Höhe von 80 Millionen Euro jährlich zu finanzieren. Die von OECD-Rankings gebeutelte österreichische Regierung kann so den Anschein erwecken, in Forschung und Lehre zu investieren, während sie in Wahrheit bloß den Mangel verwaltet. So zumindest erklärt sich Robert Trapp, Direktor des Österreichischen Forschungsinstituts für Artificial Intelligence und Mitbegründer der Plattform „Wissen:schafft:Österreich“, die überstürzte Politik des Wissenschaftsministeriums, die nach seinem Urteil von „Dummheit und Hilflosigkeit“ zeugt. Aber womöglich steckt noch etwas anderes dahinter. Das österreichische Hochschulsystem ächzt unter dem Zustrom deutscher Studenten. Die Abstoßung von Instituten wie dem IWM und dem IFK, die viele Stipendiaten und Fellows aus dem Ausland anlocken, ist ein unmissverständliches Signal, dass Nicht-Österreicher in Wien unerwünscht sind.

CHRISTIAN JOSTMANN